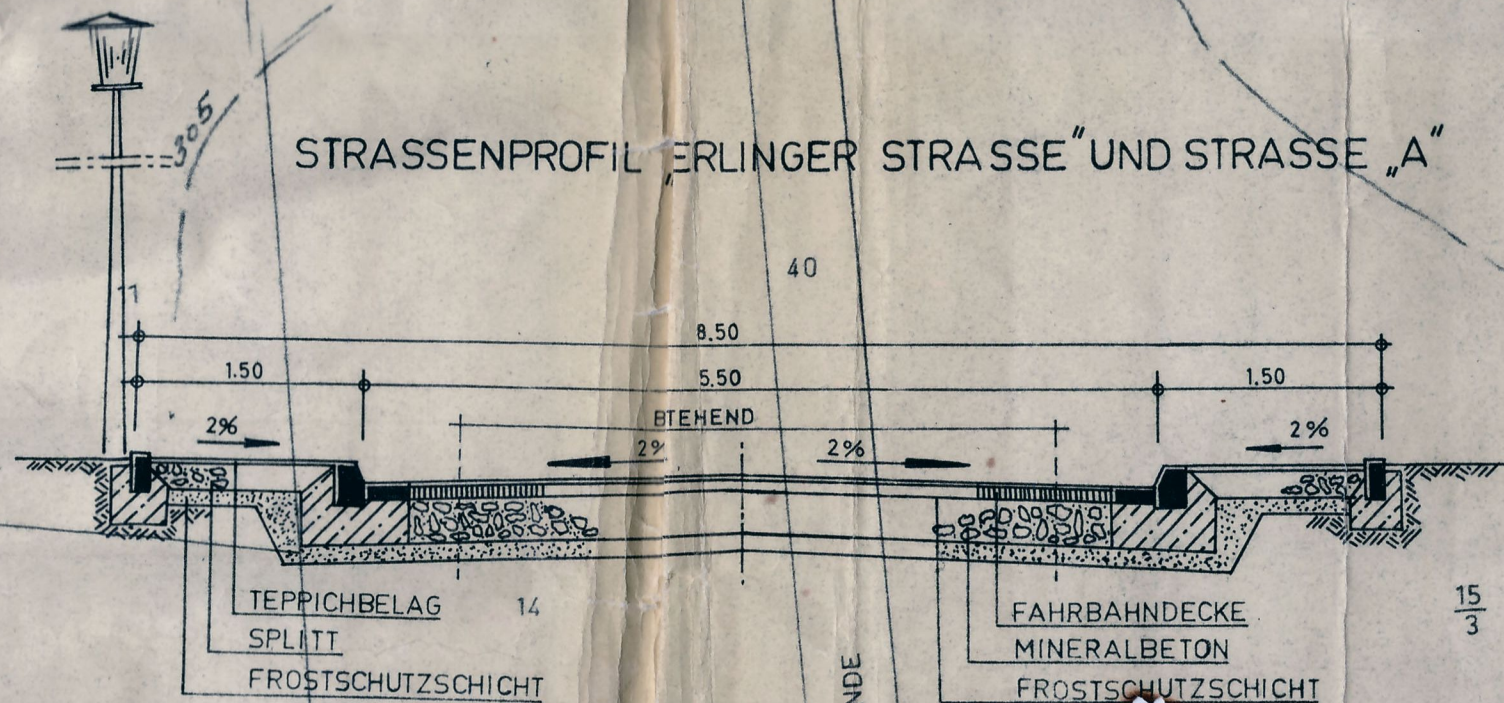
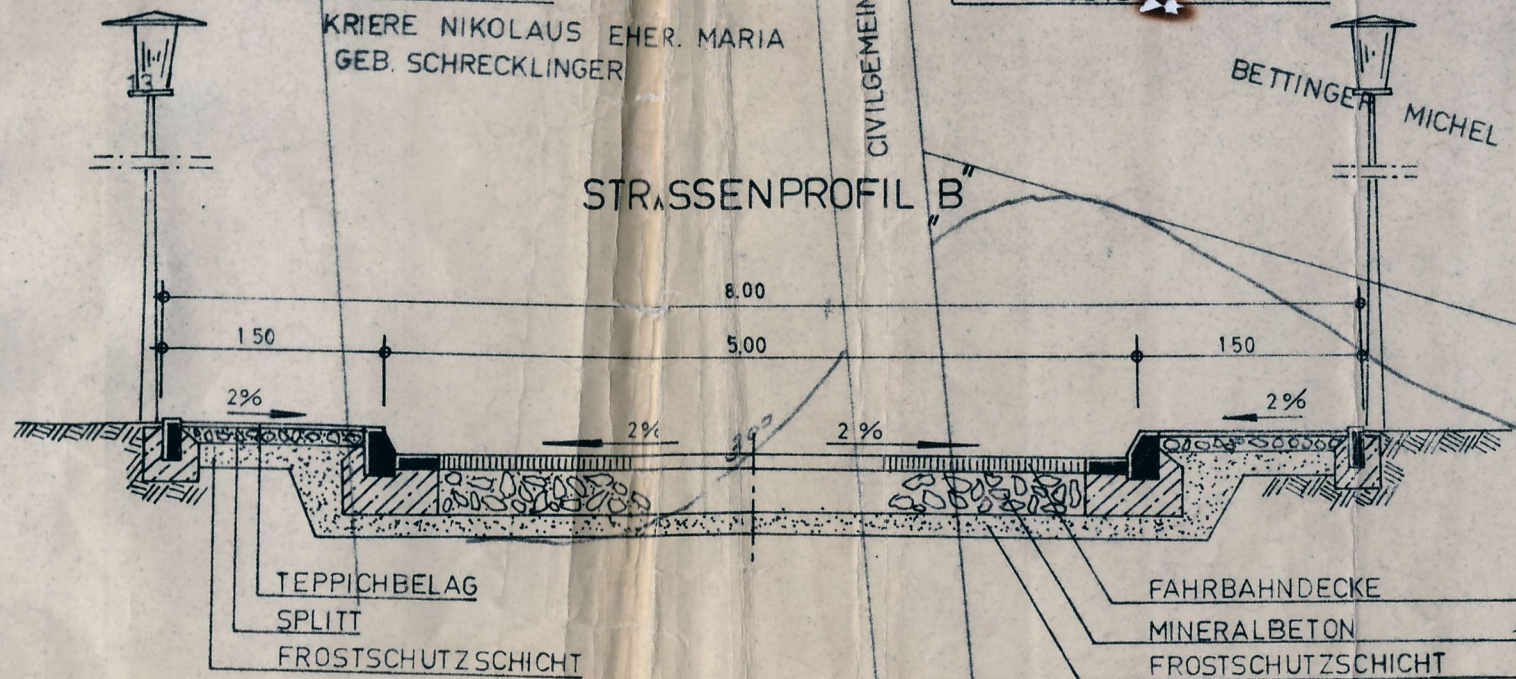


STRASSENPROFIL "ERLINGER STRASSE" UND STRASSE "A"



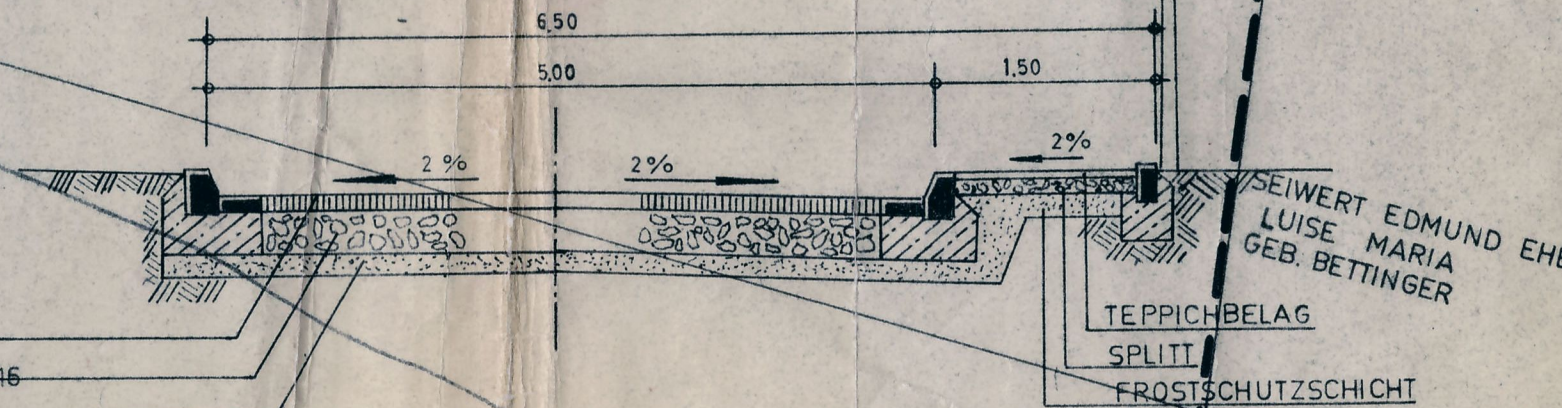
KRIERE NIKOLAUS EHER. MARIA
GEB. SCHRECKLINGER

STRASSENPROFIL "B"



BETTINGER MICHEL EHEM. V. KLARA GEB. BAUER

STRASSENPROFIL "C"



SEIWEIT EDMUND EHER.
LUISE MARIA
GEB. BETTINGER

FLUR 2

KERLINGER WEG

MD
Z=II
GRZ
GFZ

„AN DER KERLINGER STRASSE“

der Gemeinde

DÜREN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBaug) vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. AUGUST 1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde DÜREN durch den Landrat, Kreisbauamt - Planungsstelle -.

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung	
2,1 Baugebiet	DORFGEBIET
2,1,1 zulässige Anlagen	SIEHE § 5(2) DER BAU NVO *
2,1,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2,2 Baugebiet	ENTFÄLLT
2,2,1 zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2,2,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
3. Mass der baulichen Nutzung	
3,1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3,2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3,3 Geschossflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3,4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3,5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4. Bauweise	OFFENE, EINZELHÄUSER
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
6. Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7. Mindestgrösse der Baugrundstücke	660 m ²
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkronen Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden)	NACH BESONDERER EINWEISUNG
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke	ENTFÄLLT
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privaten wirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	ENTFÄLLT
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	SIEHE ZEICHNUNG
15. Verkehrsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	NACH BESONDEREM STRASSENPROJEKT
17. Versorgungsflächen	ENTFÄLLT
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und Leitungen	ENTFÄLLT
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20. Grundflächen, wie Parkanlagen, unterkriegerter Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	ENTFÄLLT
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23. Mit Seh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24. Flächen für Gemeinschaftstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	ENTFÄLLT
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	DER VORGARTEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBaug in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBaug in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

ENTFÄLLT

* NACH § 5(2) DER BAU NVO SIND ZULÄSSIG

1. WIRTSCHAFTSSTELLEN LAND-UND FORSTWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE,
2. KLEINSIEDLUNGEN UND LANDWIRTSCHAFTLICHE NEBENERWERBSSTELLEN,
3. WOHNGEBÄUDE,
4. BETRIEBE ZUR VERARBEITUNG UND SAMMLUNG LAND-UND FORSTWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE,
5. EINZELHANDELSBETRIEBE (a), SCHANK UND SPEISEWIRTSCHAFTEN (b), SOWIE BETRIEBE DES BEHERBERGUNGSGEWERBES (c),
6. HANDWERKS BETRIEBE, DIE DER VERSORGUNG DER BEWOHNER DES GEBIETES DIENEN,
7. SONSTIGE NICHT STÖRENDE GEWERBEBETRIEBE,
8. ANLAGEN FÜR ÖRTLICHE VERWALTUNGEN (a), SOWIE FÜR KIRCHLICHE (b), KULTURELLE (c), SOZIALE (d), GESUNDHEITLICHE (e), UND SPORTLICHE ZWECKE (f)
9. GARTENBAUBETRIEBE,
10. TANKSTELLEN

1. Flächen, bei denen eine besondere bauliche Sicherung erforderlich ist

2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind

3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht

4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind
- ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBaug

1.

2.

3.
- ENTFÄLLT

Planzeichen-Erläuterung

	Geltungsbereich		VORGARTEN
	Bestehende Gebäude		GEPLANTER KANAL
	Geplante Gebäude		BESTEHENDER KANAL
	Bestehende Strassen		SCHUTZROHRE DER WASSERLEITUNG
	Geplante Strassen	<div>Z=II</div>	ZWEGESCHOSSIG ALS HÖCHSTGRENZE
	Bestehende Grundstücksgrenzen	<div>I</div>	ZWINGEND EINGESCHOSSIG
	Geplante Grundstücksgrenzen		DACHNEIGUNG
	Baulinie	<div>L.</div>	PUNKTLEUCHTEN
	Gaugrenze		HAUSNUMMER
	Entwässerungsrichtung		MASTSTATION FÜR DIE VSE
	Wasserleitung		
	Starkstromleitung		
	Garagen		
	OFFENE Bauweise		
<div>Z</div>	Beschlosszahl		
GRZ	Grundflächenzahl		
GFZ	Beschlossflächenzahl		
WR	Reines Wohngebiet		
WA	Allgemeines Wohngebiet		
MD	DORFGEBIET		

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBaug ausgelegen vom bis zum
Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBaug als Satzung vom Gemeinderat am beschlossen.

....., den 21. 4. 1967.
Der Bürgermeister
Weidenfeld

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBaug genehmigt.

Saarbrücken, den 1967.
Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
Im Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBaug wurde am ortsüblich bekanntgemacht.

Linien 21. 4. 7.
Weidenfeld

DER LANDRAT DES KREISES SAARLOUIS

KREISBAUAMT – PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: DÜREN

AMTSBEZIRK: WALLERFANGEN

BEBAUUNGSPLAN

„AN DER KERLINGER STRASSE“

Maßstab: 1 : 500	Blatt:
Gezeichnet: THEOBALD	Saarouis, DEN 8. MÄRZ 1967
Bearbeitet: <i>Hewer</i> KREISBAUINSPEKTOR	
Geprüft: <i>Maas</i> KREISBAUOBERINSPEKTOR	<i>[Signature]</i> (SCHAAR) KREISOBERBAURAT